

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badisches Volksecho. 1946-1950 1948

27 (14.7.1948)

Badisches VOLKSECHO

Wochenblatt der Kommunistischen Partei Deutschlands / Landesbezirk Baden

Jahrgang 3, Nr. 27

Mannheim, 14. Juli 1948

Preis 15 Pfg.

Heute mit Jugend-Seitel
Gebt diese Ausgabe vor allem
an Jugendliche weiter!

ES WIRD DIE ZEIT
KOMMEN, WO DIE
GROSSE DEMO-
KRATISCHE VOLKS-
BEWEGUNG UN-
TER FÜHRUNG DES
VOLKSRATES DER
PROTEKTORATS-
REGIERUNG IN
FRANKFURT EIN
ENDE BEREITEN
WIRD!

Preisgabe Deutschlands in Koblenz!

Der Parteivorstand der KPD zur Koblenzer Ministerpräsidenten-Konferenz

(E.B.) „Der Tag wird kommen, wo das deutsche Volk von ihnen Rechenschaft verlangen wird“, sagt „Neues Deutschland“ über die Konferenz der Ministerpräsidenten Westdeutschlands, die am vergangenen Freitag das Londoner Diktat bewilligt und damit die nationalen Belange des deutschen Volkes preisgegeben haben. Der Parteivorstand der KPD erklärt hierzu:

Die Erklärung der Ministerpräsidenten in Koblenz zu den Vorschlägen der Generale Clay, Robertson und Koenig ist eine Irreführung des deutschen Volkes. Hinter ihren Gegenvorschlägen verbergen die Ministerpräsidenten ihre Anerkennung aller grundsätzlichen Forderungen der drei Westmächte. Sie erklären sich damit bereit, die Spaltung Deutschlands und die Einverleibung der Westzonen in den westeuropäischen Block unter amerikanischer Führung zu verwirklichen. Sie geben den nationalen Belange des deutschen Volkes preis. Dafür werden die Ministerpräsidenten und die Parteiführer der CDU und SPD die volle Verantwortung vor dem deutschen Volke zu tragen haben. Möge das deutsche Volk die ganze Tragweite dieser schändlichen Handlungsweise erkennen.

Die Ministerpräsidenten wollen allein die Alliierten für das Besatzungsstatut verantwortlich machen. Die Führer der CDU und SPD haben mehr als einmal die Bildung eines westdeutschen Staates und den Erlaß eines Besatzungsstatutes gefordert. Sie können deshalb nicht die Verantwortung von sich abwenden.

Es war Dr. Schumacher, der im vorigen Jahre in den USA verhandelte und ein Besatzungsstatut verlangte. Es war Dr. Adenauer, der an dem Haager Kongreß Churchills teilgenommen und den Anschluß der Westzonen an die „Westeuropäische Union“ gefordert hat. In Koblenz haben die Führer der Frankfurter Koalition in Fortsetzung dieser Politik die Bildung eines westdeutschen Separatstaates anerkannt, der nichts anderes sein wird als ein Anhängsel an den westeuropäischen kapitalistischen Block.

In Worten erklären sie sich gegen die Spaltung Deutschlands. Sie sprechen aber von positiven Seiten und von Fortschritten in den Vorschlägen der Westmächte. Sie fordern den Zusammenschluß der drei westlichen Zonen zu einem einheitlichen Wirtschafts- und Verwaltungsgebiet als eine unaufschiebbare Notwendigkeit. Sie nennen die von den Westmächten geforderte Verfassung für die drei Westzonen schamhaft ein Organisationsstatut.

Aber die Erklärung enthält keine Vorschläge für die notwendige Herstellung der Einheit Deutschlands. In ihr ist nicht die Rede von dem Wunsch des deutschen Volkes nach einer gesamtdeutschen Verfassungsgebenden Nationalversammlung. Das Besatzungsstatut wird anerkannt und auf die Forderung nach einem Friedensvertrag für ganz Deutschland verzichtet.

Keine Ostregierung

(Bl. EB) Der Vorsitzende des Sekretariats des Deutschen Volksrates, Erich W. Gniffke, gab folgende Erklärung ab:

„Die in den letzten Tagen von der westlich lizenzierten Presse verbreitete Nachricht, der Deutsche Volksrat beabsichtige, zur Bildung einer Ostregierung überzugehen, ist unrichtig. Der Deutsche Volksrat ist eine gesamtdeutsche Repräsentation und wird infolgedessen Fragen einer Regierungsbildung nur von diesem Standpunkt aus beurteilen.“

Das Schweigen der Ministerpräsidenten zeigt, daß sie weder den Willen, noch den Mut hatten, selbständig deutsche Forderungen zu stellen.

Der Parteivorstand der KPD ruft zur Sammlung aller Deutschen auf, die die Einheit ihrer Heimat nicht preisgeben wollen. Die demokratischen und nationalen Interessen Deutschlands erfordern:

Die sofortige Rückgängigmachung der separaten Maßnahmen in den

Westzonen und Durchführung eines Volksentscheides über die Einheit Deutschlands, die Wahl einer gesamtdeutschen Verfassungsgebenden Nationalversammlung und die Bildung einer gesamtdeutschen Regierung, den sofortigen Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland und den Abzug der Besatzungstruppen ein Jahr nach Unterzeichnung des Vertrages.

Mannheimer Betriebsräte stehen hinter Arbeitsminister Kohl

Stürmische Versammlung der Mannheimer Betriebsräte — Mitbestimmungsrecht und sozialer Lastenausgleich gefordert

(E.B.) Die Erbitterung der Werktätigen über die ungerechte und unsoziale Währungsreform fand in der Vollversammlung der Mannheimer Betriebsräte in einer sehr erregten Debatte ihren sinnfälligen Ausdruck. Im Anschluß an ein Referat des 2. Bundesvorsitzenden der Gewerkschaften, Engelhardt, zu den Währungsgesetzen wurde von allen Diskussionsrednern der unsoziale Charakter der Währungsreform, die gerade die einfachsten Menschen am schwersten trifft, bloßgelegt. Stürmisch verlangten die Betriebsräte und Diskussionsredner, daß nun endlich das Mitbestimmungsrecht der Belegschaften seine gesetzliche Festlegung findet, wie dies die württembergisch-badische Verfassung vorsieht. Regierung und Landtag sind verantwortlich für die Durchführung der Verfassung, sagte ein Diskussionsredner, und wenn sie das nicht können oder nicht wollen, dann sollen sie abdanken.

Aus der Versammlung heraus wurde eine Entschließung vorgelegt, welche die sofortige Behandlung des Gesetzes zum Mitbestimmungsrecht vor dem Landtag verlangt. Die Betriebsräte stellen sich eindeutig hinter den Gesetzesentwurf des Arbeitsministers Kohl und lehnen das Gesetz der sog. Fachleute, das von der Regierung vorgelegt wird, ab.

Der Lastenausgleich, der einen breiten Raum in der Diskussion einnahm, soll eine Angelegenheit auch der Gewerkschaften sein, die sich aktiv einschalten müssen. Man müsse an Wunder glauben, so erklärte der Vorsitzende der Metallarbeiter, Paul Schreck, wenn man vom Frankfurter Wirtschafts-

schaftsrat oder anderen deutschen Stellen ein soziales Gesetz zum Lastenausgleich erwarten wolle.

Sehr aktiv beteiligte sich auch die Jugend an der Diskussion. Die Jugend verlangt die Einschaltung und Mitbestimmung der Gewerkschaften bei den für die Jugend wichtigen Fragen, wie z. B. der Lehrlings- und Berufsausbildung, erklärte unter dem Beifall der Versammlung der jugendliche Betriebsrat Holzauer von MWM.

Der Volksbetrug durch die kapitalistische Warenhortung wurde ebenfalls von mehreren Diskussionsrednern und vom Referenten angeprangert. Den Gewerkschaften war, wie der Betriebsrat Kohl von BBC, aus seiner Praxis als Mitglied eines gewerkschaftlichen Kontrollausschusses heraus, sagte, die Warenhortung teilweise bekannt und es wäre wohl notwendig gewesen, gegen diese Warenhortungen rechtzeitig mit allen zur Verfügung stehenden gewerkschaftlichen Mitteln vorzugehen. Es ist alzu billig und bequem, heute die Käufer der Disziplinlosigkeit zu beschuldigen, weil sie beim Erscheinen der langersehnten Waren nicht in den Käuferstreik getreten sind, wie dies in den Ausführungen des Referenten zum Ausdruck kam. Neue Formen, wie z. B. Käuferstreiks, müssen gefunden und organisiert werden.

Die Betriebsräte-Vollversammlung dürfte für alle maßgebenden Stellen eine deutliche Warnung sein. Die Werktätigen sind gewillt, den Kampf aufzunehmen für ihre gerechten Forderungen, das sollte man sich bei allen, die es angeht, in Stuttgart und Frankfurt, sehr wohl merken.

Der Landtag ist zum Arbeiten da!

Antikommunistische Propaganda statt Mitbestimmungsrecht

(VSt. EB.) „Der Landtag ist zum Arbeiten da“, rief der kommunistische Abg. Leibbrand den Vertretern der CDU und DVP zu, als sie in der Landtagssitzung vom 7. Juli 1948 eine Aussprache über das Gesetz zum Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte ablehnten. Das Gesetz wurde anschließend gegen die Stimmen der KPD in der ersten Beratung ohne Debatte an den Ausschuss überwiesen.

Vorhergegangen war eine Tagesordnung, die sich fast ausschließlich mit einer antikommunistischen Propagandaaktion auf Grund der Berliner Vorgänge beschäftigte. Die Behandlung der durch die Frankfurter Ministerpräsidentenkonferenzen aufgeworfenen Lebensfragen für das deutsche Volk ging, wie die Kommunisten feststellten nicht ohne Absicht, völlig darin unter. Das ging so weit, daß die Abgeordneten der CDU, DVP und SPD eine Entschließung annahmen, die sich völlig einseitig gegen eine Besatzungsmacht richtet, ohne daß sie selbst den genauen Text kannten.

Nur der Abg. Brandenburg (DVP) fand den Mut, wenigstens vor der Abstimmung von der Tonart der Entschließung abzurücken. Die kommunistische Fraktion, die durchaus bereit war, an allem mitzuwirken, was geeignet ist, die Leiden der Berliner Bevölkerung zu beseitigen, nahm an der Abstimmung nicht teil. Sie lehnte es ab, in dem Streit der Besatzungsmächte ein Feuer zu schüren, durch das den Berlinern nicht geholfen, sondern nur ihre Lage noch erschwert würde.

Der Bericht des Ministerpräsidenten Dr. Reinhold Maier zu den Erklärungen der drei Militärgouverneure in Frankfurt über Weststaat, Besatzungsstatut und Neubildung der Länder war von tiefem Pessimismus getragen. Er sprach von den „Schranken deutscher Unfreiheit“, in denen man sich nun schon jahraus, jahrein bewegen müsse. Mit „Realismus“ soll der Verfassungsgebenden Versammlung der hochtrabende Name genommen und (Fortsetzung auf Seite 2)

Mitbestimmungsrecht

Von Paul Schreck, M.d.L.

Das werktätige Volk in Württemberg-Baden hat im Herbst 1946 der Verfassung zugestimmt, um die darin enthaltene soziale Wirtschaftsordnung Wirklichkeit werden zu lassen. Besonders ist es der Artikel 22, dessen Verwirklichung als zwingende Notwendigkeit der Gesundung unserer Verhältnisse dem schaffenden Volke sehr am Herzen liegt. Derselbe lautet: „Es ist ein Arbeitsrecht zu schaffen, das dem Arbeitnehmer einen gerechten Lohn, ausreichende Freizeit und Urlaub gewährleistet.“

Vertreter der Arbeitnehmer sind an der Verwaltung und Gestaltung der Betriebe zu beteiligen. . . .“

Während die Verwirklichung des ersten Satzes dieses Artikels immer mehr von den Gewerkschaften als ihr Aufgabengebiet betrachtet wird, war es bisher unmöglich den zweiten Satz in die Tat umzusetzen, weil seitens der Unternehmer bisher jedes Entgegenkommen mit der Begründung abgelehnt wurde, daß erst ein Gesetz geschaffen werden müsse, in welchem alle Einzelheiten festzulegen seien.

Ein Gesetzentwurf zur Beteiligung der Arbeitnehmer an der Verwaltung und Gestaltung der Betriebe wurde bekanntlich vom Arbeitsministerium im vergangenen Jahre vorgelegt und von der Regierung verworfen. Gemeinsam mit den Gewerkschaften hat dann das Arbeitsministerium einen zweiten Gesetzentwurf vorbereitet, der in einem von der Regierung gebildeten Ausschuss monatelang verhandelt worden ist und ebenfalls zurückgewiesen wurde. Auf Grund der Eingaben von Unternehmerverbänden und anderer reaktionärer Organisationen, wurde ein Regierungsentwurf geschaffen, der nichts mehr mit den Vorschlägen der Gewerkschaften und des Arbeitsministeriums gemeinsam hat.

Dieser Gesetzentwurf stand in der vergangenen Woche auf der Tagesordnung des Landtages. Die Vertreter der Kommunistischen Partei setzten sich dort für eine sofortige Behandlung der Vorlage ein; sie blieben jedoch in der Minderheit, und die Regierungsvorlage wurde dem sozialpolitischen Ausschuss des Landtages überwiesen. Die bürgerlichen Parteien begründeten ihre Haltung damit, daß die Überweisung an den Ausschuss nicht eine Verschleppung sondern eine Beschleunigung der Behandlung des Gesetzes mit sich bringe. In Wirklichkeit war jedoch ihre Absicht, eine grundsätzliche Auseinandersetzung über den Inhalt des Regierungsentwurfs zu verhindern, um der Öffentlichkeit ihre wahren Absichten zu verschleiern.

Bei der Behandlung des Regierungsentwurfs des Sozialpolitischen Ausschusses des Landtages, welche gestern ihren Anfang genommen hat, wäre durchaus die Möglichkeit gewesen, durch sofortigen Eintritt in die Beratungen eine schnelle Erledigung des Gesetzes zu erreichen. Jedoch das Gegenteil trat ein. Die bürgerlichen Parteien verhinderten eine positive Arbeit, indem sie stundenlang darüber redeten, ob es im gegenwärtigen Zeitpunkt noch zweckmäßig und notwendig sei, überhaupt das Gesetz zu behandeln.

Bei dieser Diskussion trat eine zweite Absicht klar zutage: Die bürgerlichen Abgeordneten versuchten, in wiederholten Angriffen, den Arbeitsminister Kohl auf den Regie- (Fortsetzung auf Seite 2)

Badische
Landesbibliothek

Mitbestimmungsrecht

(Fortsetzung von Seite 1)

rungsentwurf festzulegen. Es wurde schon oft festgestellt, daß der Gesetzentwurf der Regierung in den wichtigsten entscheidenden Fragen in vollkommenem Gegensatz zu den Zielen und Absichten des Entwurfes des Arbeitsministeriums und der Gewerkschaften steht. Der Arbeitsminister erklärte infolgedessen, daß er nicht bereit sei, den Regierungsentwurf zu vertreten, wohl aber sei er bereit dazu, darüber zu referieren.

Der Regierungsentwurf sieht ein Mitwirkungsrecht erst bei Betrieben von 200 Beschäftigten an aufwärts vor. Nach einer Betriebsstatistik vom Mai 1947 beschäftigten 93 Prozent aller Betriebe weniger als 200 Arbeiter und Angestellte, so daß nur in 7 Prozent aller Betriebe das Gesetz zur Anwendung kommen soll. Darüber hinaus ist von einer Mitbestimmung über die wirtschaftlichen Fragen im Regierungsentwurf keine Rede mehr.

Aus diesen wenigen Tatsachen ist deutlich ersichtlich, wohin die Reise gehen soll.

Nachdem Ministerialrat Dr. Köbler vom Staatsministerium den Gesetzentwurf der Regierung in seinen Einzelheiten warm vertreten hatte, traten die gegensätzlichen Meinungen offen in Erscheinung.

Ein Vertreter der Gewerkschaften gab eine Erklärung des Bundesvorstandes des Gewerkschaftsbundes Württemberg-Baden zur Kenntnis, in welcher der Regierungsentwurf in der jetzigen Form abgelehnt und die Wiederherstellung des Gewerkschaftsentwurfes gefordert wird.

Die Kommunisten setzten sich mit allem Nachdruck für den sofortigen Eintritt in die Beratung ein, konnten jedoch nur erreichen, daß eine neue Sitzung des Ausschusses in Kürze festgelegt wurde, in welcher die Einzelheiten des Gesetzes umstritten und festgelegt werden sollen.

Der Regierungsentwurf trägt den Stempel brutalen Unternehmerrages auf der Stirne. Die Beeinflussung des Parlaments durch die besitzende Klasse durch Denkschriften und Eingaben wächst zu einer Flut an. Die Arbeiterklasse hat bisher ihre Meinung nur in ihren eigenen Versammlungen und Konferenzen zum Ausdruck gebracht. Es genügt nicht, wenn der Bundesvorstand der Gewerkschaften und die Abgeordneten aus den Reihen der Arbeiterschaft ihre Meinung zum Ausdruck bringen. Jetzt ist es höchste Zeit, daß sich die Angestellten und Arbeiter in den Fabriken und Werkstätten auf ihre demokratischen Rechte besinnen und laut und deutlich ihre Meinung, die Meinung des schaffenden Volkes, dem Parlament zur Kenntnis bringen. Wenn die Werktätigen dieses, ihr unveräußerliches Recht wahrnehmen, wird trotz aller Schwierigkeiten ein Gesetz geschaffen werden, das für die arbeitenden Schichten ein Fortschritt bedeuten wird.

Verwaltungsbürokratie am Werk!

Die Mannheimer Außenstelle des Landeswirtschaftsamtes soll, laut einem Schreiben aus Karlsruhe, am 30. September 1948 aufgelöst werden. Allen Angestellten wurde auf den gleichen Termin gekündigt. Diese Maßnahme würde für den Industrieschwerpunkt Mannheim von außerordentlich nachteiliger Wirkung sein. Insbesondere die Verlegung der Hauptrefrakte Kohle und Chemie nach Karlsruhe würde nicht nur die Arbeit der Mannheimer Industrie mit großem Zeitverlust, finanziellen Nachteilen, Verzögerungen bei den einzelnen Vorgängen belasten, sondern auch dazu führen, daß vom grünen Tisch aus weiter Ferne den Bedürfnissen der Industriestadt Mannheim nicht in dem erforderlichen Maße Rechnung getragen wird. Die Tage einer Sonderverwaltung in Karlsruhe sind sowieso gezählt. Hinter dem diktatorischen Beschluß der Aufhebung der Außenstelle Mannheim steht das Bestreben der Verwaltungsbürokratie, Entwicklungen, die doch nicht mehr aufzuhalten sind, zu sabotieren und zu hintertreiben.

Nur Nichtfachleute und Reaktionäre können der Auflösung der Mannheimer Außenstelle zustimmen. Es ist zu hoffen, daß die politischen Parteien und der Gewerkschaftsbund alles unternehmen werden, um dieses Diktat der Karlsruher Bürokratie rückgängig zu machen.

Gegen den unsozialen Charakter des Währungsdictats**Eine Entschließung des Gewerkschaftsbundes**

„Der württembergisch-badische Gewerkschaftsbund lehnt die sozialen Härten, die mit dieser Währungsreform verbunden sind, entschieden ab,“ so heißt es in einer Stellungnahme der Landeskonferenz der Gewerkschaften vom 3. Juli. „Es geht nicht an, die abgehängten, kleinen Sparbeiträge in derselben Weise abzuwerten wie die Riesenvermögen, die teils Kriegsgewinne sind, teils aus Schiebergeschäften stammen.“ Es sei eine soziale Ungerechtigkeit und ein großer politischer Fehler, daß die Militärregierungen den gewerkschaftlichen Forderungen nicht entsprochen haben.

In der Entschließung der Gewerkschaften wird auch betont, daß die Gewerkschaften die Notwendigkeit einer Neuordnung des Finanzwesens einheitlich für ganz Deutschland gefordert haben. Bekanntlich hat die 4. Interzonenkonferenz mit den Worten „Durchführung einer einheitlichen Währungs- und Finanzreform für ganz Deutschland“ die Stellungnahme der Gewerkschaften klar umrissen. Wenn nunmehr aber der württembergisch-badische Gewerkschaftsbund erklärt, daß die Gewerkschaften die Neuordnung des deutschen Finanzwesens begrüßen und nur die sozialen Härten ablehnen, so entspricht das unserer Auffassung nach nicht der klaren Forderung der 4. Interzonenkonferenz nach einer Währungsreform für ganz Deutschland. Eine entschiedene Ablehnung dieser Separat-Währungsreform, die Deutschlands Wirtschaft endgültig zerschlägt, wäre am Platze gewesen. Es ist auch nur die halbe Wahrheit, wenn der Gewerkschaftsbund feststellt, daß die Währungsreform eine Folge der verbrecherischen Politik des Dritten Reiches sind und jetzt der schon lange vorhandene Bankrott der kapitalistischen Finanzpolitik dem ganzen Volke sichtbar wird. Noch mehr wird nämlich sichtbar: Die Währungsgesetze wie auch die gesamte Wirtschafts- und Finanzpolitik der deutschen Verwaltungen in Frankfurt und der einzelnen Landesregierungen waren und sind darauf abgestellt, die Lasten der Hitler-Aera auf die breiten Volksmassen abzuwälzen, den kapitalistischen Kreisen in Deutschland die Sicherung ihrer Kriegs-, Kompensations- und Schiebergewinne zu ermöglichen und die Auspowerung Deutschlands durch ausländische kapitalistische Kreise weiterzuführen. Das Währungsdictat ist auch im Zusammenhang mit der Durchführung des Marshallplanes notwendig geworden.

Die Gewerkschaften fordern ihre Mitglieder auf, sich gegen jede Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und gegen gesetzwidrige Entlassungen zur Wehr zu setzen. Sie verlangen die rasche Verabschiedung der Gesetze zum Kündigungsschutz und gegen Massenentlassungen. Der Lastenausgleich soll mit größter Eile durchgeführt werden und die Arbeiterschaft wird aufmerksam gemacht, ihren Einfluß auf die politischen Parteien geltend zu machen, damit dieser Lastenausgleich einen sozialen Charakter erhält. Unserer Auffassung nach sollten die Gewerkschaften den Lastenausgleich eben nicht nur den politischen Parteien überlassen, sondern ihre ganze gewerkschaftliche Macht in die Waagschale werfen, um noch zu retten, was zu retten ist und die ausgleichende Gerechtigkeit bei der Durchführung im Interesse der breiten Massen wirksam werden zu lassen.

Die KPD zur Neubildung der Länder**Gegen befohlene Kunststaaten — Für Einheit Deutschlands**

Der Parteivorstand der KPD nahm auf der Tagung am 10. und 11. Juli 1948 zu der Frage der Neubildung von Ländern in den Westzonen Deutschlands, wie sie in den Londoner Beschlüssen vorgesehen und von den Ministerpräsidenten in Koblenz besprochen worden sind, Stellung. Die KPD lehnt mit aller Entschiedenheit die vorgeschlagene Schaffung neuer Länder ab. Durch die Beschlüsse von London wird nicht nur Deutschland gespalten, sondern es soll mit der Neubildung von Ländern ein System separater Staaten geschaffen werden. Diese würden zum Spielball wirtschaftlicher und politischer Interessengruppen der kapitalistischen Weststaaten werden. Westdeutschland würde dadurch vollends zerstückt und in den Zustand föderalistischer Kleinstaaterei zurückgeworfen.

Durch die Schaffung eines Ruhrstaates, dessen Wirtschaft der Leitung ausländischer Monopole unterstellt werden soll, würde das Ruhrgebiet Deutschland entrissen und die Grundlage der deutschen Wirtschaft zerstört.

Die KPD kämpft entschlossen für die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands, für die Wahl eines gesamtdeutschen Parlaments und einer deutschen

Regierung. Im einheitlichen Deutschland sollen den Ländern ähnliche Rechte gewährt werden, ähnlich denen in der Weimarer Verfassung.

Die Arbeiterbewegung kämpfte seit jeher gegen das reaktionäre Preußentum und die Vorherrschaft Preußens in Deutschland. Deshalb hat die KPD die Auflösung Preußens begrüßt. Sie betont: Die Beseitigung der Ueberreste deutscher Kleinstaaterei kann nur eine gesamtdeutsche Angelegenheit sein. Nur von einem gesamtdeutschen Standpunkt und nicht von partikularistisch-föderalistischen Ländergesichtspunkten, nach Vorschlägen ausländischer Interessen kann die Frage der Länderreform gelöst werden.

Die KPD fordert seit 1945: Bis zur Wiederherstellung der Einheit Deutschlands und der Bildung einer deutschen Regierung werden keine neuen Länder gebildet. Deshalb wandte sie sich gegen die befohlene Bildung von Ländern wie Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen.

Die KPD fordert das deutsche Volk in allen Ländern der Westzonen auf, sich nicht durch die Londoner Pläne vom Kampf um die Einheit Deutschlands abhalten zu lassen.

KPD fordert Nichtanrechnung der Kopfquote**Ein kommunistischer Antrag im württembergisch-badischen Landtag**

In der Sitzung des württembergisch-badischen Landtags vom 9. Juli 1948 stellte die Kommunistische Fraktion den Antrag, bei der Militärregierung darauf hinzuwirken, daß der Kopfbetrag von 60 DM bei der Umwandlung der einbezahlten Altgeldbeträge und Sparguthaben bis 5000 RM nicht angerechnet wird. Außerdem fordert der Antrag, daß alle erforderlichen Anordnungen getroffen werden, daß der Kopfbetrag auch von Löhnen, Gehältern, Pensionen, Renten, Unterstützungen und ähnlichen Einkünften nicht abgezogen wird. Der Antrag der KPD wurde an einen Ausschuss zur möglichst schnellen Behandlung überwiesen. Es ist zu hoffen, daß schon in dieser Woche der Landtag dazu Stellung nimmt. Auch in Bayern hat sich selbst die CSU-Regierung der kommunistischen Forderung anschließen müssen, die Rückzahlung der Kopfquote von 60 DM nicht durchzuführen.

Der Landesvorstand der KPD Hessen ist an den FDGB und an die SPD herangetreten, zwecks Schaffung eines Aktionsprogramms der Gewerkschaft und der beiden Arbeiterparteien, das die durch die Währungsreform für die

württembergisch-badischen Landtag werktätige Bevölkerung heraufbeschworenen Gefahren mildern soll. Auch in diesem Programm ist die Forderung auf Nichtrückzahlung des Kopfgeldes von 60 DM enthalten.

Rekord in USA

Im Lande der Weltrekorde haben auch die Lebenshaltungskosten eine Rekordhöhe erreicht. Das arbeitsstatistische Büro der Vereinigten Staaten gab bekannt, daß Detailpreise für Gebrauchsartikel, wie sie von einer Durchschnittsfamilie in einer amerikanischen Großstadt gekauft werden, von März bis April d. J. weiter gestiegen sind. Der Preisindex für Konsumgüter laut Stichtag 15. April erreichte nach Angabe dieses Büros die Rekordhöhe von 169,3 Prozent des Durchschnitts von 1939. Der Index für Lebensmittelpreise in den Großstädten betrug sogar 207,9 Prozent des Durchschnitts von 1939.

Wem diese Rekordpreise dienen? Einzig und allein den Riesenprofitten der USA-Monopolisten, den gleichen reaktionären Kräften, die am Hunger der Bevölkerung Westdeutschlands verdienen.

Der Landtag ist zum Arbeiten da

(Fortsetzung von Seite 1)

die Spaltung unter der Bezeichnung „Verwaltungsstatut“ geschluckt werden. Zum Besatzungsstatut erklärte Maier, daß man verbindliche Grundrechte der Deutschen den Besatzungsbehörden gegenüber erwartet habe. „Die Militärgouverneure haben den Stiel herumgedreht und uns ausschließlich Grundrechte der Besatzungsbehörden den Deutschen gegenüber unterbreitet.“ Er stellte die Frage: „Will man ernstlich die Daumenschrauben der JEIA und der Officomex verewigen?“

Sowohl die SPD wie auch die bürgerlichen Parteien gingen in der anschließenden Debatte auf die Mängel und Schwächen der Erklärungen der Militärgouverneure ein, ohne aber die nötigen Konsequenzen daraus ziehen zu wollen.

Demgegenüber stellte der kommunistische Abg. Buchmann fest, daß es jetzt endlich Zeit sei, mit der Politik des „Ja, aber...“ Schluß zu machen. Wenn das, was von den Ministerpräsidenten hierzu erklärt wurde, überhaupt einen Sinn haben sollte, dann dürfe man nicht bei platonischen Erklärungen stehen bleiben, und die Politik der Halbheiten weiter pflegen.

Abg. Leibbrand (KPD) nannte die von den Vertretern der anderen Parteien immer wieder mit dem Problem Berlin verknüpfte Hetze gegen die Ostzone und die maßlosen Angriffe auf eine Besatzungsmacht eine billige Flucht. Ein solches Ablenkungsmanöver scheine ihnen nicht unerwünscht zu kommen. Der Abg. Heuß (DVP), der von „antikommunistischer Propaganda“ gesprochen habe und sie begrüßte, treffe damit den Sinn dieser Diskussion. Man könne es den Kommunisten nicht zumuten, daran teilzunehmen.

Die zahlreichen Vertreter aus den Betrieben, die auf der Galerie an der Landtagssitzung teilnahmen, waren gekommen, um die Haltung der Parteien zum Mitbestimmungsrecht kennenzulernen. Als sie nach der Abwägung einer Debatte über dieses Gesetz den Landtag verließen, konnte man viele Aeußerungen des Unwillens hören. Sie hatten einen Anschauungsunterricht bekommen, der ihnen den Unterschied zwischen Fensterreden und ernsthafter parlamentarischer Arbeit vor Augen führte.

Zur Volksbefragung**Erklärung der Kommunistischen Partei**

Die vom Landesvorstand der Kommunistischen Partei Württemberg-Baden herausgegebenen Einzeichnungslisten zur Volksbefragung für die Einheit Deutschlands und einen gerechten Frieden wurden von der Militärregierung in ihrer positiven Aufmachung beanstandet. Es wurde verlangt, daß nicht nur am Schluß der Listen der Herausgeber genannt wird, sondern auf beiden Seiten oben und unten in Erscheinung tritt, wobei die Militärregierung sich auf einen Brief vom März 1948 betr. Veröffentlichungen der politischen Parteien beruft.

Da dem Landesvorstand die Auflage am Samstagmittag um 12 Uhr überreicht wurde, war es nicht mehr möglich, ihr nachzukommen. Um zu verhindern, daß die Mitglieder der Kommunistischen Partei gegen die Richtlinien der Militärregierung verstoßen, wurde dieser Sachverhalt sofort über Radio Stuttgart bekanntgegeben und der Einzug der Listen angeordnet.

Am 12. 7. hat der Landesvorstand der KPD erneut zu dieser Sachlage Stellung genommen und festgestellt, daß durch die hieraus notwendig gewordene Umstellung die Volksbefragung zu weit hinausgezogen würde. Unter diesen Umständen verzichtet die Kommunistische Partei im Augenblick auf diese Befragung.

Die in den Samstagnachmittagsstunden erfolgreich durchgeführten Sammelergebnisse zeigen die Aufgeschlossenheit der Bevölkerung für die von der KPD gestellte Frage.

Der Landesvorstand dankt an dieser Stelle allen Freunden und Helfern sowie den Mitgliedern der Partei für ihre aufopferungsvolle Tätigkeit bei der Vorbereitung der Volksbefragung.

Der Landesvorstand der KPD
Württemberg-Baden

Berufsbildung mit oder ohne Gewerkschaft?

Die außerordentliche Bedeutung des Berufes für das Leben des einzelnen und für die gesamte Volkswirtschaft bedingt, daß die Gewerkschaften Einfluß auf das Berufsausbildungswesen haben.



Sehr geehrter Herr Bleicher!

Nach Besprechungen im Kreis der Sozialrechtlichen Arbeitsgemeinschaft der Industrie und im Ausschuß des Verbandes Württ.-Bad. Metallindustrieller teile ich Ihnen auf Ihren Brief vom 15. 6. 48 mit, daß die Industrie sich an der von Ihnen veranstalteten Tagung für Lehrlingsausbilder nicht beteiligen kann, da sie der Auffassung ist, daß sowohl die Ausbildung der Lehrlinge selbst als auch die Unterrichtung der Lehrlingsausbilder alleinige Angelegenheit der Arbeitgeber sein muß, die für eine erfolgreiche Ausbildung die Verantwortung tragen.

Die Metallarbeiterjugend Mannheims protestiert gegen diese reaktionäre Haltung der Unternehmerkreise. Sie erwartet von den Gewerkschaften, daß diese einen Weg finden, welcher endlich die Garantien gibt für eine gewissenhafte fachliche Berufserziehung unter Kontrolle und Leitung der Organisation.

Wer zahlt das USA-Jugendprogramm?

Bei einer Beratung des Haushaltsplanes im Hessischen Landtag in der zweiten Juniwoche wurde unter Einzelplan XIII (Besatzungskosten), Kap. 10, Tit. 3 (Kosten für das amerikanische Jugendprogramm — GYA) die Summe von RM 100 000,— angeführt.

Des Teufels General

Mit einer Aufführungsserie von Zuckmayers „Des Teufels General“ fand die Spielzeit des Mannheimer Nationaltheaters ihren Abschluß. Die stiefmütterliche Behandlung, welche die Parteipresse in bezug auf Papierzuteilung und Format gegenüber der lizenzierten Kolonialanzeiger-Presse hinnehmen muß, verbietet uns zwar eine eingehende Würdigung des Gesamtkunstwerks „Aufführung“, eine genaue Analyse der einzelnen Komponenten, wie schauspielerische Leistung, Regie usw.

Was ist es, das dieses „Zeitstück“ selbst für die „grauen und schwarzen Eminenzen“ des Mannheimer Kultur-

Echo der Jugend

Vertreter der Jugend?

„Völkischer Beobachter“ lebt weiter — Nazis in Demokratenmaske

..... zum Fanal des Aufstandes der westlichen Welt gegenüber der blutigen Woge, die sich aus den Steppen Asiens auf unseren Kontinent heranwältzt.

Uns jungen Deutschen ist Still und Inhalt solcher Zeilen in grausamer und schrecklicher Erinnerung. Solche Worte waren die Einleitung zu all dem furchtbaren, grauenvollen Erleben der kurz hinter uns liegenden Jahre. Sie wurden in sämtlichen Leitartikeln des „Völkischen Beobachters“ von dem Nazigangster Goebbels der deutschen Jugend eingeleitet. Sie waren die moralische Rechtfertigung vieler deutscher Soldaten, wenn ihnen das Gewissen schlug und sie das Grauen überkam vor all den gemeinen Taten, die sie an den Völkern Europas begingen.

Drei Jahre sind seitdem vergangen. Die deutsche Jugend steht in schwerstem Ringen um die Erhaltung ihrer nackten Existenz. Die junge Generation, vor allem leidet unter der ungeheuren Schuld, die 13 Jahre faschistischer Herrschaft, dem deutschen Volk hinterließen. Millionen junge Deutsche leiden heute noch hinter Stacheldraht unter den Auswirkungen solcher wahnwitzigen Worte. Vor mir liegt der Rundbrief Nr. 5 der „Jungen Union“ Mannheim. Er betitelt sich: „Zu neuen Ufern“. Ver-

antwortlich zeichnen E. Münch und W. Simon. Ersterer schreibt den Leitartikel: „Haben wir Chance?“. In Absatz drei lese ich: „..... zum Fanal des Aufstandes“ usw., siehe oben.

Ich traue meinen Augen nicht. Aber doch, da steht — Juni 1948. Tausende Mannheimer Jugendliche, die zur Völkerverständigung und zum friedlichen Aufbau einer neuen, besseren Heimat bereit sind, klagen an. Wir klagen an: Alle Institutionen und Persönlichkeiten, die verantwortlich sind für die Genehmigung solcher Rundbriefe. Wir klagen an: Politische Verhältnisse, die solchen, vom Geist des Faschismus behafteten Menschen jugendpflegerische Tätigkeit erlauben. Wir fordern: Bestrafung aller, die unter Mißbrauch ihrer öffentlichen Funktion versuchen, die deutsche Jugend reif zu machen für ein neues Völkergemetzel. Verbot aller chauvinistischen Beeinflussung der deutschen Jugend, ganz gleich gegen welches Volk. Erziehung der deutschen Jugend zu Achtung und Freundschaft gegenüber allen Völkern der Erde. Demokratisierung Deutschlands und Schaffung einer einheitlichen, antifaschistischen, deutschen Republik, die der Garant für eine friedliche und bessere Zukunft der deutschen Jugend ist. —ko—

Ausspracheabende der Mannheimer Jugend

Dr. Ackermann sprach über „Jugend und Politik“

Dank der Initiative des Jugendrates der Stadt Mannheim findet 14tägig ein freier Ausspracheabend für die gesamte Mannheimer Jugend statt. In freier Diskussion nehmen dort junge Menschen Stellung zu ihren eigenen Problemen. Erfreulicherweise können wir feststellen, daß das Interesse an diesen Abenden ständig wächst. Die gute Thematik und sorgfältige Auswahl der Referenten geben den Diskussionen ein hohes Niveau.

So sprachen die Mannheimer Jugendlichen am vergangenen Dienstag über das Thema „Jugend und Politik“. Herr Dr. Ackermann, Lizenzträger des „Mannheimer Morgen“, hatte sich als Diskussionsleiter zur Verfügung gestellt. In feiner Weise führte er die Diskussion der jungen Menschen an die Kernprobleme dieses Themas heran. In reger Diskussion wurde klar herausgeschält, daß es für die Jugend

kein Ausweichen vor den politischen Fragen gibt. Viele Jugendliche bekannten sich zu einer bewußt politischen Einstellung. Wir sind der Ansicht, daß sich das Niveau der Ausspracheabende noch steigern ließe, wenn parteipolitische Bestrebungen, die immer wieder von einzelnen in die Diskussion hineingetragen werden, unterbleiben würden. Es sprechen noch viel zu oft die bestellten Vertreter der verschiedenen parteilichen Richtungen.

Das allgemeine Bild der bisherigen Ausspracheabende zeigte den Willen der Mannheimer Jugend auf, aktiv an der Gestaltung des öffentlichen Lebens teilzunehmen. Diesen Willen zum Durchbruch zu bringen ist mit einer Aufgabe der organisierten Jugend. Besonders im letzten Ausspracheabend kam klar zum Ausdruck, daß dies nur gelingen kann, wenn die Jugend unter Zurückstellung aller weltanschaulichen und parteipolitischen Hemmungen ihren einheitlichen Willen durch einheitliches Handeln verwirklicht.

5 Mannheimer Jugendliche.

Zwei Zahlen

Zahlen sind immer ein bißchen trocken. Aber seht euch diesen Vergleich doch bitte an:

In den Vereinigten Staaten von Amerika gibt es 2 400 000 Arbeitslose arbeiten 2 000 000 Kinder in der Industrie.

Das bedeutet, daß in den USA 2 000 000 Arbeitslose arbeiten könnten, wenn man die Kinder in die Schule schicken würde und nicht in die Fabrik.

Warum tut man das nicht? Ganz einfach, weil man Erwachsenen mehr Lohn geben muß als den Kindern. Das alles steht in den Zahlen.

(Kinderzeitung der FDJ, 1. Jahrg. Nr. 2 vom 8. 6. 48)

Den Knaben

Gebt die besten und sinnreichsten Bücher den lernenden Knaben, zeigt des Himmels Gestirne, der Erde Getier und Gestein, die versunkene Urwelt, von forschender Hand ausgegraben, vorsintflutlicher Menschen Werkzeuge und bleiches Gebein.

Setzt in Wirklichkeit um, was vor Jahren im Traum uns erschienen, lehrt die Knaben, wie man Motoren zum Leben erweckt, Mechanismen der Uhren, geheime Details der Maschinen; man zerstört sie vielleicht, doch erkennt man dabei ihren Zweck,



Zweimal zwei ist nicht vier, zweimal vier ist nicht acht. Auf Erden ist noch fern des utopischen Glückes ewiger Lenz.

Eisen schlägt gegen Stein. Die Gewitterluft schafft Beschwerden, und man spürt schon den fauligen Odem der Kriegspestilenz.

Beste Zeichengeräte soll man den Knaben geben, helle Arbeitsstätten sollen für sie erstehen, und sie werden die alternde Welt aus den Angeln heben und den Samen der Jungen auf ihren Ruinen säen.

Schickt die Knaben in sportlichem Lauf durch die offenen Türen und entzündet den Leitstern vor ihrem offenen Blick, und es wird sie durchs Dunkel der schlafenden Erde führen der gewaltige Traum von der Menschheit kommendem Glück.

Aus dem Russischen nachgedichtet von A. E. Thoss

das heutige deutsche Publikum deutlich zutage.

In den rund 25 Personen dieses Stücks sieht das deutsche Publikum sich selber, aber nicht wie es ist, sondern wie es sich heute in seiner Mehrzahl zu sehen wünscht. 25 Personen, General und Arbeiter, Sängerinnen und Kriminalbeamte, Kapitalisten und Kellner, Diplomaten und Offiziersburschen, Alt und Jung, 25 Personen, die „das Volk in Waffen“ repräsentieren, und alle, bis auf zwei oder drei Ausnahmen, sind schließlich nach einigem Hin und Her „dagegen“. Der Zuschauer wird immer — gesetzmäßig — die Vorgänge auf der Bühne verallgemeinern. Die konkreten Personen, der besondere einmalige Vorgang — dem Zuschauer sagen sie „so sind wir“ und „so pflegte es zu sein“. So war es? Hitlers Generale waren also „dagegen“? Ja, dann ist es recht, was wir immer wieder tausendfältig versichern: „Wir alle waren dagegen.“ „Des Teufels General“ ist eine einzige ungeheuerliche Apologie der Mitläufer. Der Spiegel, den der Dichter seiner Zeit vorzuhalten hat, spricht nicht die unerbittliche Wahrheit, wie jenes „Spiegelin an der Wand“ des Märchens. „Des Teufels General“ ist gesellschaftlich zutiefst unwahr. Er ist zutiefst unsittlich, die „moralischen Anstalt“ des Theaters wird

zur öffentlichen Lehrstätte der Unmoral, denn statt der Selbstanklage und der „Reinigung“ erfährt hier der deutsche Zuschauer die Reinwaschung seiner angebräunten Haut und die Rechtfertigung seines verderblichen Opportunismus. „Tua res agitur“ — Deine Sache ist's, die hier verhandelt wird und — wie könnte es in diesem Deutschland heute anders sein — sie wird verhandelt wie vor einer deutschen Spruchkammer. Des Teufels General dient nicht dem gesellschaftlichen Fortschritt, sondern dem Rückschritt. Der Teufel ist bekanntlich ein äußerst wandlungsfähiger Herr. Harras, des Teufels General, und mit ihm das heutige deutsche Publikum sagt sich vom Satan los, um hinfort Beelzebub zu dienen.

Alle wahre und große Kunst deckt die wahrhaften, gesellschaftlichen Zusammenhänge auf. Sie lebt aus der gesellschaftlichen Wahrheit, die darin besteht, die gesellschaftlichen Grundlagen klar zu erkennen. Die gesellschaftlich wirkenden Kräfte aber sind politischer Natur, die gesellschaftliche Wahrheit also ist politische Wahrheit. Der politischen Wahrheit aber entspricht die Gestalt des Generals Harras so wenig wie die übrigen Personen des Zuckmayerschen Stückes. —kww—

(Fortsetzung folgt)

Unter der Lupe

Währungsreform zum Schaden Deutschlands!

Meine Meinung

Arbeitsminister Rudolf Kohl im Mannheimer Rosengarten

Gründlich nachprüfen, Herr Bürgermeister!

In Uffingen, Kreis Tauberbischofsheim, wurde einer ausgebombten Mannheimerin ein neuer Wohnraum zugewiesen, der so baufällig ist, daß eine Zuleitung für den Herd zum Kamin nicht möglich ist. Aber man wußte Rat. Man schlug einfach ein Loch in die Decke, steckte das Ofenrohr hinaus und fertig ist das Zimmer. Bei Regen läuft das Wasser in das Rohr und löscht das Feuer aus. Das Treppenhaus zur Wohnung ist derart baufällig, daß es nur mit Lebensgefahr benutzt werden kann.

Auf unsere schriftliche Vorstellung beim Bürgermeister erhielten wir von diesem einen sehr höflichen Brief, in welchem er schreibt: „Ihr Ansuchen, die Sache der Öffentlichkeit zu unterbreiten, möchte ich nur begrüßen, wird mir doch dadurch Gelegenheit geboten, die Schwierigkeiten der Baustoffbeschaffung und sehr vieles andere vor einem breiten Forum klarzustellen.“

Wir wissen natürlich selbst, daß diese Schwierigkeiten bestehen, wir glauben aber nicht, daß es in Uffingen wirklich keine andere Möglichkeit gibt, um diese Frau unterzubringen. Uns ist bekannt und selbst durch die Behörden wurde schon vielfach festgestellt, daß noch nicht ausgenützter Wohnraum vorhanden ist. In den meisten Fällen scheuen sich die Behörden durchzugreifen. Wenn der Bürgermeister von Uffingen einmal gründlich in seinem Ort nachsieht, dann wird es ihm bestimmt möglich sein, diese ausgebombte Mannheimerin besser wie bisher unterzubringen.

Der Bürgermeister und die Lahme!

Der sattsam bekannte Bürgermeister Kunkel von Leutershausen, dessen selbstherrliches Verhalten dazu führte, daß der gesamte hiesige Gemeinderat gegen ihn Stellung nahm, hat sich neuerdings wieder etwas geleistet, das äußerst bezeichnend für seine ganze Einstellung ist. Einem verheirateten Arbeiter, der zu ihm kam, um für seine 23jährige, teilweise gelähmte Tochter ein Zimmer zu beantragen, gab der famose Bürgermeister den Bescheid, daß „bei ihm nur zwei Personen zu berücksichtigen wären nämlich der Arbeiter selbst und seine Frau, die Tochter jedoch würde er gar nicht rechnen“. Empört und im Innersten von solch brutaler Gesinnung getroffen, ging der arme Vater heim. Diejenigen, welche sich durch die heuchlerische Maske Kunkels von Anfang an nicht täuschen ließen, haben hier eine erneute Bestätigung, auf welcher fruchtbaren Boden die unmenschlichen Theorien der letzten 12 Jahre in bezug auf Schwache und Hilflose fielen. Bürgermeister Kunkel hat einer armen Kranken praktisch die Lebensberechtigung abgesprochen. Es fehlt nur noch, daß er nach berühmtem Vorbild auch noch für die Ausmerzung und Vernichtung aller Unheilbaren und Kranken, der Alten und Krüppel eintritt. Vorher wird aber der Protest des Gemeinderats gegen Bürgermeister Kunkel beim Staatsministerium in Karlsruhe hoffentlich den einzig möglichen Widerhall finden.

Flüchtlingseind ohne Ende

(Eppelheim, Kreis Heidelberg)

In dem ungefähr 35 qm großen, sehr niedrigen Nebenzimmer der „Krone“ in Eppelheim leben seit nunmehr 2 Jahren sieben Erwachsene und fünf Kinder von zwei Flüchtlingsfamilien in den unwürdigsten Verhältnissen. Eine damalige Notmaßnahme hat nun zu einem Dauerzustand geführt. Durch die Eröffnung der Gaststätte hat sich die Lage der Bedauernswerten noch weiter verschlechtert. Zigarren- und Zigarettenrauch verschlechtert die Luft, so daß Kinder und Erwachsene bis nach Mitternacht keine Ruhe finden können, da ihr Elendquartier nur durch eine dünne Holzwand vom Lokal getrennt ist. Unausgeruht und erschöpft gehen die Unglücklichen dann des morgens zur Arbeit. Wenige Schritte von dieser Stätte der Not hat es bis heute ein „Bürger“ der Gemeinde fertiggebracht, sich vor unliebsamer Einquartierung zu schützen. Sein freundlich hergerichtete Haus zeigt nach der Straßenseite ein getarntes oberes Stockwerk, 2 schöne

(EB) Arbeitsminister Rudolf Kohl geißelte in einer überfüllten Massenversammlung der Kommunistischen Partei im Mannheimer Rosengarten den unsozialen Charakter der Währungsreform, wobei er erklärte, es wäre verantwortungslos von ihm als Arbeitsminister, wenn er nicht Maßnahmen gegen die drohende Gefahr der Arbeitslosigkeit vorgesehen hätte. Das Kündigungsschutzgesetz, mit dem sich Landtag und Regierung beschäftigen müssen, soll die Arbeiter und Angestellten weitgehend schützen. Der Redner forderte produktiven Arbeitseinsatz, z. B. durch kommunalen Wohnungsbau, vernünftigen Lastenausgleich bei Schutz des Kleinbesitzers, Senkung der unerhört hohen Besatzungskosten, Bereitstellung von zinslosen Krediten für die Krankenkassen und die Sozialversicherung und Reform der Sozialversicherung. Die von der Militärregierung zugestandene 15proz. Lohnerhöhung sei jetzt schon durch Preissteigerungen überholt. Schon wieder wären Tendenzen zur Warenhortung festzustellen im Hinblick auf eine erwartete Preissteigerung. Dem verleumderischen Gerücht, daß er als Arbeitsminister schuld sei, wenn sich die 15proz. Lohnerhöhung für die Gemeindearbeiter verzögert habe, trat der Redner nachdrücklich entgegen und betonte, daß ihm von seiten der Gewerkschaftsvertreter die Unterlagen nicht rechtzeitig zugeleitet worden seien.

Arbeitsminister Kohl faßte seine Ausführungen dahingehend zusammen, daß die separate Währungsreform einen

Teil der Durchführung des Marshallplanes darstelle. Diese separate Währungsreform sei sehr zum Schaden des deutschen Volkes. Es müsse unbedingt eine Korrektur nach der sozialen Seite hin erreicht werden. Wir wünschen jetzt endlich, so erklärte unter stürmischem Beifall der Redner, die Freiheit, unser Leben und unser Schicksal selbst zu bestimmen.

Unseren Lesern fällt auf...

... daß die Horte der heute in Mengen auftauchenden Waren für ihr volksschädigendes Verhalten dadurch belohnt wurden, daß man ihnen ihr in diesen Waren steckendes Vermögen nicht antastete. ... daß ausgerechnet die Arbeiterstadt Mannheim unter allen Städten weit und breit die einzige ist, auf deren Straßenbahn es keine Umsteigefahrkarten gibt. ... daß die von Richtung Waldhof kommende Linie 3 an der Friedr.-Ebert-Brücke regelmäßig den mit der Linie 10 von Käferthal kommenden Umsteigefahrkästen um eine halbe Minute vor der Nase wegfährt. ... daß der bereits vor einigen Monaten von der Spruchkammer Mannheim als Hauptschuldiger zu 8 Jahren Arbeitslager verurteilte Gestapo-Agent, SS-Sturmführer, Radfahändler Burchardt aus Sandhofen heute noch frei herumlaufen bzw. in einem Personauto mit der Aufschrift „Arzt“ herumfahren kann, obwohl er nach der Verhandlung sofort festgenommen wurde.

Stürmisches Gelächter!

Als der Redner sagte, man brauche Auslandskredite und „die Weststaaten würden uns nicht untergehen lassen“, brachen die 400-500 Teilnehmer einer Versammlung der Gewerkschaft Freie Berufe in Frankfurt a. M. in stürmisches Gelächter aus.

Zur Hausbrandversorgung 1948/49

Die Herbeischaffung und Eindeckung der Hausbrandkohle vollzog sich in normalen Zeiten hauptsächlich in den Frühjahrs- und Sommermonaten. Die Zeit vor dem Eintritt der herbstlichen Lebensmitteltransporte wurde benutzt, um die Kohle an Ort und Stelle zu bringen. Die trüben Erfahrungen der vergangenen Nachkriegswinter hätten angesichts des immer noch großen Mangels an Waggon- und Schiffsmaterial Anlaß sein müssen, dieses Jahr doppelte Eile an den Tag zu legen. Das Bestreben der Zechenbarone, möglichst große Haldenbestände über die Währungsreform hinwegzubringen, wirkt sich auch auf diesen Sektor unheilvoll aus. Diesem Treiben sahen die Behörden, wie bei allen anderen Hortungsbestrebungen, tatenlos oder ohnmächtig zu. So erklärt es sich, daß auch dieses Jahr die beste Zeit für die Hausbrandbeschaffung wiederum verpaßt ist. Wohl traten laut Pressemeldungen vom Januar d. J. alle Ländervertreter der Bizone zusammen, um sich an den Vorarbeiten für den neuen Hausbrandversorgungsplan zu beteiligen. Es wurde erklärt, daß die Bevölkerung im Hinblick auf die steigende Kohlenförderung einen Anspruch auf eine Mindestmenge pro Durchschnittshaushalt von 20 Ztr. Steinkohle bzw. 30 Ztr. Braunkohlenbriketts habe. Der Gesamthaushaltsbedarf für das neue Versorgungsjahr wurde mit 7,8 Millionen Tonnen Steinkohlen errechnet. Diese Ziffern decken sich mit der von der Militärregierung in den „Badischen Neuesten Nachrichten“, Karlsruhe, vom 10. Juli gegebenen Antwort. Im scharfen Widerspruch hierzu steht die Antwort der württembergisch-badischen Regie-

rung auf eine Anfrage der kommunistischen Landtagsfraktion (wiedergegeben in derselben Zeitungsausgabe). Nach dieser Meldung sollen bis Dezember 6,2 Ztr. Steinkohleneinheiten pro Haushalt verteilt werden. Was ist nun richtig? Bei nüchterner Betrachtung scheinen die Angaben der württembergisch-badischen Regierung leider die richtigeren zu sein. Es sieht dieses Jahr wieder ganz ähnlich aus wie im vergangenen. Dort war als ursprüngliches Ziel eine Menge von 20 Ztr. Steinkohle bzw. 27 Ztr. Briketts pro Haushalt aufgestellt worden. Der letztjährige Versorgungsplan wurde zweimal umgeworfen und 10 Ztr. Braunkohle blieben als Resultat übrig, eine Menge, die bei dem vergangenen milden Winter zur allergrößten Not ausreichen mußte. Niemand weiß, welche Formen der kommende Winter annehmen wird und wie sich die Transportverhältnisse gestalten. Auch letztes Jahr wurde immer erklärt, daß man gegen den Winter gewappnet sei. Das Ergebnis war ein glatter Mißerfolg. Der Mitteilung der Militärregierung dürften nur theoretische Planziffern zugrunde liegen, die durch die Verhältnisse schon längst überholt sind. Mit Wunschzahlen, die nicht mehr verwirklicht werden können, ist der Bevölkerung keineswegs gedient. Sie dürften eine ähnliche Bewertung verdienen wie die Meldung über die schon im Frühjahr in Aussicht gestellten 6 Ztr. Kartoffeln pro Kopf, bevor überhaupt feststeht, wie die Ernte ausfällt.

Stadtrat Riedinger, Bürgermeister a. D., Karlsruhe

Rettet Deutschland!

Zu den zehntausend Hetzplakaten des Parteivorstandes der SPD in Hannover mit der Überschrift: „Rettet Berlin“, welche in Württemberg-Baden z. Z. angeschlagen wurden, sendet uns ein Leser folgende Zeilen:

„Um Deutschlands Einheit ringt heute ein jeder, So er nicht steht im Lager der Landesverräter. Für wirtschaftliche Freiheit und Volkes Recht Kämpft die KPD allein und gerecht. Wer Marshallplan und Besatzungsstatut bejaht, Übt an der Einheit Deutschlands Verrat. Die Einheit Deutschlands ist höchstes Gebot, Nur Einheit bringt Frieden, Freiheit und Brot!“
W. Be., Heidelberg.

Die unter dieser Rubrik veröffentlichten Einsendungen unserer Leser decken sich nicht in jedem Falle mit der Auffassung der Redaktion.

Der Mörder aber...

Liebes Volksecho: Du hast in Deiner letzten Nummer einen der größten Lumpen Mannheims genannt. Bin in der Lage, Dir noch einige nennenswerte Einzelheiten zu berichten, die die Schändlichkeit dieses Menschenchinders ins rechte Licht rücken. Joh. Christoff Schott, um den es sich hier handelt, ... Als der „Schwager seines Neffen“ die Welt in das größte Blutbad aller Zeiten stürzte, kamen für den ehemaligen kaiserlichen Ulanenunteroffizier-Schutzmann namensliche Zeiten. Er bekam das Oberkommando und die Gewalt über 200 wehrlose Menschen, über Kriegsgefangene. Mit seinem „Sprachrohr“, einem Gummiknüppel mit Stahleinlage, raste er hinter den Gefangenen her, und in den Motorenwerken gibt es fast keinen Arbeiter oder Angestellten, der nicht einmal gesehen hat, wie dieser Sadist einen oder mehrere Gefangene so zu Boden schlug, daß sie blutüberströmt liegen blieben. Dieser „Taten“ rühmte er sich bei jeder Gelegenheit. So sagte er einmal im Bunker: „Heute habe ich wieder einmal so einen alliierten Hund zusammengeschlagen.“

Den Kriegsgefangenen Kostin schlug er förmlich zum Idioten. Kostin blieb eines Tages nach den viehischen Mißhandlungen durch Schott bewußtlos am Boden liegen, wo er dann von einer Bombe vollends getötet wurde. Der Mörder aber heißt Johann Christoff Schott. Aber nicht nur Schott, sondern auch dessen Vorgesetzten, die Direktoren und Betriebsleiter der MWM sind schuldig, denn diese ließen nicht nur fortgesetzt den Kriegsverbrecher Schott seinen sadistischen Blutrausch austoben, sondern sie ermunterten ihn dazu noch besonders. Unmittelbar nach dem Eintreffen der Amerikaner in Mannheim verstand es dieser Erzlump, seine Erfahrungen bei der Besatzungsbehörde anzubieten...

Das andere und weitere, liebes Volksecho, scheint Dir bekannt zu sein, auch das mysteriöse Verschwinden einer von 16 Kriegsgefangenen unterschriebenen Darstellung der Lumpereien des Schott.

Aber es gibt noch viele Zeugen, und wenn der Staatsanwalt oder die Spruchkammer mal in den Motorenwerken oder sonst in der Neckarstadt herumhorcht, so kann sie sich Zeugen in vielen Dutzenden zusammensuchen.

Sch. K., Mannheim.

Hat sich etwas geändert?

... Sollten wir als Deutsche nicht auf unser Wohl bedacht sein und auch die USA zur Einhaltung des Potsdamer Vertrages anhalten? Hatte nicht die USA auch hier unter ihrem derzeitigen Präsidenten Truman die Verpflichtung übernommen, daß das deutsche Volk über sein Staatswesen in demokratischer Hinsicht frei bestimmen kann? Wer regiert überhaupt? Hat sich in der Art und Weise von regiert werden etwas geändert?...

Im Gegenteil, dieselben Kräfte, die auch Hitler dirigiert, haben nur ihre Taktik, aber nicht die Methoden geändert. Mit besonderem Elfer wird die Erweckung polen-, russen- und slavenfeindlicher Stimmung benutzt, um nach alten preußischen und faschistischen Methoden das deutsche Volk zu verwirren und in einen neuen Revanchekrieg hineinzuhetzen. Auf diese Art soll es möglich gemacht werden, auch den Besitz dieser Völker in USA-Finanzhand zu bringen, um so die „Diktatur des Geldes“ zu verwirklichen, was unsere Währungsreform schon zur Genüge beweist. Man versucht auf diese Art, die absterbende kapitalistische Gesellschaftsschicht zu retten, was aber nur die Not des deutschen Volkes und der Völker Europas verlängern würde, so sie glauben, wie Hitler bis 5 nach 12 kämpfen zu können, um letzten Endes Deutschland als Wüste und ohne Volk untergehen zu lassen, genau wie Spengler in seinem Buche geweihsagt hat.

Josef Leute, Mannheim-Waldhof.

Herausgeber: Kommunistische Partei Deutschlands, Bezirksvorstand Nordbaden, Mannheim, S. 3, 10. Verantwortlich: Kurt W. Weber, Mannheim. Druck: Mannheimer Großdruckerei, Mannheim, R. I. 4-f. Herausgegeben mit Genehmigung der Nachrichten-Kontroll-Abteilung für Württemberg-Baden. - Auflage: 22 999.